6. Jahrg. Nr. 2

Einzelpreis 10 Pfg.

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der illustr. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bezw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossin“

**Anzeigenpreis:** Die 9gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Montag, 17. März 1924

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatl. wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. [illegible]
Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstraße 50. — [illegible] Breslau Nr. 21059. — Fernsprecher: Breslau, Ring [illegible]

# Die weiße Justiz.

Schlimmer als die Feme, schlimmer als die Inquisition haust die weiße Justiz in Deutschland. Wer in ihre Fänge gerät, kann sich glücklich preisen, wenn er schnell zerrissen wird. Die meisten Opfer werden gequält und gepeinigt, körperlich und seelisch. Die weiße Justiz arbeitet wie die Großindustrie, sie verurteilt in Großproduktion und ihre Tätigkeit steht ausschließlich im Interesse der Ausbeuter-Gesellschaftsordnung. Die meisten Prozesse muten an wie Komödien.

Man stelle sich zum Beispiel vor, das Volksgericht in München hätte zur Zeit über Arbeiter zu urteilen, die solcher Taten angeklagt wären, wie sie die Hitler, Ludendorff, Kahr, Lossow usw. offen eingestehen? Dann gäbe es keine theoretischen Unterhaltungen über den Begriff des Hochverrats, über Ehrenworte, dann gäbe es keine tagelangen Reinwaschungslügen, dann hätte das Gericht in wenigen Tagen Hunderte von Proletariern zu barbarischen Strafen verurteilt. Für uns ist die Frage, ob Hochverrat im juristischen Sinne vorliegt oder nicht, ziemlich gleichgültig. Hochverrat mit Erfolg ist eine schöne Sache; er macht ihre Träger zu Helden, zu Rettern des Volkes. Mißglückter Hochverrat wird selbstverständlich von den Inhabern der Macht als großes Verbrechen geahndet. Insoweit hat die Geschichte mit Moral garnichts zu tun. Aber das Schauspiel, das die „Edlen der Nation“ vor Gericht darbieten, ist das Jämmerlichste, das sich denken läßt. Es sind nur Völkische, die dort als Angeklagte oder Zeugen, als Verteidiger oder Richter agieren. Aber mit welcher Gehässigkeit, mit welcher Feigheit und inneren Verlogenheit wird da gearbeitet? Nationalhelden im Nachtgewande.

Wenn jetzt im „Mießbacher Anzeiger“ enthüllt wird, daß Herr Ludendorff damals beim Kapp-Putsch sich durch Handschlag zum Mittun verpflichtete, ja, daß er auch den Befehl zum Losschlagen gegeben, der aber später vor Gericht beschwor, er sei nur ganz zufällig in voller Uniform morgens um 6 Uhr zum Brandenburger Tor gekommen, und der jetzt in edler Pose versichert, er sei auch nur zufällig in die entscheidende Versammlung ins Bräuhaus gekommen, so muß einem Ekel anfallen. Und das Gericht? Das fühlt jeder: Dies Gericht von völkischen Männern möchte am liebsten die sich katzbalgenden Gruppen mit dem Glorienschein edler Männlichkeit und opferfreudiger Vaterlandsliebe umgeben. Das Gericht in München mit allen seinen Prozeßbeteiligten ist eine typische Erscheinung völkischer „Eigenart“.

Man betrachte den anderen Prozeß in Leipzig, vor dem Staatsgerichtshof, der sich mit dem Parchimer Mord beschäftigt. Auch hier agieren Völkische, als Angeklagte und als Zeugen. Und welches Bild bieten sie? Das Bild erschreckender Verrohung und moralischer Verlumpung. Man scheut sich, den Ausdruck bestialisch zu gebrauchen, denn so grausam, so viehisch, wie dieser Mord mit seiner Vorbereitung, kann kein Tier sein, und auch nicht so feige, wie die Hintermänner des Mordes, die im gedeckten Schützengraben bleiben, die ihre Opfer vorschicken.

Wie beim Hitler-Prozeß, so steht auch im Hintergrunde des Parchimer Mordprozesses die deutschnational-völkische Führerklique, die Ideale vortäuscht und in Wirklichkeit meist aus ganz kraß egoistischen Motiven handelt. Sie wollen Macht, sie wollen Herrschaft, sie wollen Macht und Herrschaft als Mittel der Ausbeutung und Knechtung der großen Massen des werktätigen Volkes. Und weil das Ziel das sie erstreben, schmutzig und gemein ist, müssen auch die Mittel, die sie anwenden, schmutzig und gemein sein. Politische Hochstapler in Glacehandschuhen und Lackschuhen. Diese Geschniegelten und Gebügelten, diese Vaterländischen in äußerlich korrekter Haltung mit formaler Bildung und abgeschliffenen Gesellschaftsformen, sie mokieren sich über den ehrlich revolutionären Proletarier, der aus dem Gefühl der Klassensolidarität, der aus sozialem Streben mit hartem Wort ehrliche Empfindungen ausprägt, der in ehrlichem Zorn Selbsthilfeakte vollbringt. Und doch ist der Idealismus auf dieser Seite, ist ganz gemeiner Egoismus die Triebkraft bei den anderen.

Und nun verstehe man: die ganze Justiz ist in Händen deutschvölkischer und deutschnationaler Leute. Sie mögen als Menschen ganz anständige Kerle sein, diese Herren Staatsanwälte und Richter, als Berufsmaschine, unter dem Einfluß der deutschvölkischen Demagogie sind sie fürchterlich, brutal, unmenschlich. Ohne sich darüber Rechenschaft abzugeben, beherrscht sie ein unbezähmbarer Vernichtungswille — gegen das Proletariat, gegen die Vertreter einer anderen, einer neuen Gesellschaftsordnung. Die alte Gesellschaftsordnung hat Tod und Verderben über Millionen von Menschen gebracht, hat Unsummen von Not und Elend verursacht. Aber diese Gesellschaftsordnung gab den völkischen und deutschnationalen Wortführern eine soziale Position, die sie aus der Masse heraushob. Und diese bevorzugte soziale Position will man nicht verlieren, für die kämpft man, für sie vernichtet man, gedeckt von einer „Gesetzlichkeit“, über die man innerlich selbst spottet und höhnt. Man weiß ja: das ist Kautschuk!

Das Wüten der weißen Justiz allein müßte das Proletariat in Aufruhr bringen, in eine Kampffront stellen, müßte ein Antrieb sein zu einem rasenden Sturm, der alle die Institutionen und Feste der kapitalistischen Gesellschaftsordnung über den Haufen rennt. Noch ist die Masse nicht soweit. Darum sind es auch der Opfer soviele, die das revolutionäre Proletariat der weißen Justiz überlassen muß. Aber das revolutionäre Proletariat macht es sich zur Ehrenpflicht, das Los der Unglücklichen, das Los der politischen Gefangenen und der gemordeten Hinterbliebenen nach Möglichkeit zu erleichtern.

Riesengroß sind die finanziellen Ansprüche, bei selbst bescheidener Unterstützung und bei nur dringendstem Rechtsschutz. Darum hat die Rote Hilfe das politisch denkende Proletariat zu aktiver Mithilfe aufgerufen. Ueber diese Krisis hinaus soll zugunsten der politischen Gefangenen geleistet werden. Jeder revolutionäre Arbeiter wird selbstverständlich bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit materielle Opfer bringen. Wichtig ist aber, daß auch andere Kreise der Werktätigen zur Hilfeleistung herangezogen werden. Darum:

## Sammeltag am 18. März.

## Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter.

### Verstärkter Einsatz der Technischen Nothilfe. — Englische Köche lehnen das Kochen für die „Leno“ ab.

Der Einsatz der Technischen Nothilfe im Hamburger Hafenarbeiterstreik nimmt täglich zu. Nach einer letzten amtlichen Aufstellung sind etwa 400 Nothelfer im Hamburger Hafen tätig. Recht eigenartig muß es aber berühren, wenn diese Nothelfer statt sich mit tatsächlichen Notstandsarbeiten zu beschäftigen, das Entladen von Apfelsinen vornehmen. Die auf Veranlassung des Schlichters eingeleitete Verhandlung zwischen den Streikenden und dem Hafenbetriebsverein sind nicht, wie berichtet wurde, abgebrochen, sondern tatsächlich gescheitert. Der Grund dafür war, daß die Arbeitgeber die von den Arbeitnehmern geforderte Beibehaltung des Dreischichtensystems ablehnten. Bezeichnend für die Sympathie, die den streikenden Arbeitern durch ausländische Arbeiter entgegengebracht wird, ist die Tatsache, daß die englischen Köche auf dem Dampfer „Pitsburg“ der augenblicklich im hiesigen Hafen liegt, und dem Technische Nothilfe zum Laden zugeteilt wurde, sich weigerten, für die Nothelfer zu kochen, da sie in ihnen Streikbrecher sähen.

Aehnlich wie in Hamburg, nimmt der Hafenarbeiterstreik auch in Bremen und Altona seinen Fortgang. [illegible] auch in diesen Städten ist ein verstärkter [illegible] Nothilfe zu verzeichnen.

### Gewaltiger Sieg der Kommunisten in Chemnitz.

Bei den am Donnerstag in Chemnitz vorgenommenen Betriebsrätewahlen errang die KPD. 62, die SPD. 26 Sitze. Vorher war das Verhältnis 35:27 gewesen.

### Radbruch will nicht mehr kandidieren.

Der ehemalige Reichsjustizminister Dr. Radbruch, der bisher der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages angehörte, hat sich entschlossen, bei den kommenden Reichstagswahlen nicht mehr zu kandidieren. Der Grund [illegible] dieses Entschlusses Dr. Radbruchs, der Professor der juristischen Fakultät an der Universität Kiel ist, dürfte in seinen beruflichen Pflichten liegen.

## Kassel.

Von Georgi.

Der Verbandstag des DMV., der größten Gewerkschaft des deutschen Proletariats, trat zusammen in einer Zeit beispiellosen Massenelends und politischer Entrechtung. Eine Millionenarmee von Arbeitslosen und Kurzarbeitern, eine Millionenarmee von Arbeitern, Beamten, Angestellten, denen der karge Lohn rücksichtslos gekürzt, die Arbeitszeit verlängert wurde, blickte auf diese Tagung. Bereits ist ja das Palladium der freien Gewerkschaftsbewegung, der Achtstundentag, zum größten Teile verloren, die Rechte der Betriebsräte sind mit Füßen getreten. Das Streikrecht ist eingeschränkt, in den lebenswichtigen Betrieben unter schwere Strafe gestellt. Die Zwangsarbeit der Erwerbslosen bedroht auch die Arbeitenden. Dazu kommt der Abbau der Sozialpolitik, die unerhörte Steuerbelastung des werktätigen Volkes. Und diese ganze Kapitalsoffensive vollzieht sich unter dem Schutze des wütenden weißen Terrors. Zehntausende revolutionärer Proletarier verfolgt, in Schutzhaft, in Gefängnis, in Zuchthaus, ja einzelne zum Tode verurteilt! Die Partei des revolutionären Proletariats verboten, ihre Presse unterdrückt, ihre Organe in die Illegalität verdrängt! Ja, selbst die reformistischen Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokratie nicht mehr sicher vor dem Zugriff der Diktatoren, denen sie doch selber in den Sattel geholfen.

In dieser Situation mußte der Verbandstag des DMV. mehr sein als eine bloße Gewerkschaftstagung, er mußte eine Tribüne und ein Tribunal werden. Die Massen erwarteten von ihm, daß er ihnen einen Weg zeige aus dem wachsenden Elend, aus der Sklaverei, daß er den Kampfruf an sie ergehen lasse zur Sammlung der Kräfte, zur Organisierung der proletarischen Abwehr. Mit einem gewissen Recht konnten politisch ungeschulte Massen darauf hoffen. Hatte nicht die „Metallarbeiter-Zeitung“ wiederholt die Politik des ADGB. und der Reformisten kritisiert? War nicht Dißmann ein „linker“ Sozialdemokrat? Die Antwort, die der Verbandstag des DMV. auf den Lohnabbau, auf die Zwangsarbeit, auf die Schlichtungsordnung und Arbeitszeitverordnung des Ermächtigungsgesetzes, auf den weißen Terror und auf den schamlosen Verrat, den die reformistische Führerschaft an den kämpfenden Metallarbeitern im Rheinland verübt hatten, konnte es anders lauten als schärfste Kampfansage gegen die Unternehmer, gegen den bürgerlichen Staat, gegen die weiße Diktatur und gegen die sozialdemokratischen Schleppenträger der Stinnes und Seeckt? Dieser Verbandstag war die erste große Tagung der ausschlaggebenden Kategorie des deutschen Proletariats seit der Verhängung des Belagerungszustandes, seit der Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen, seit dem Verbot der Kommunistischen Partei und revolutionärer Organisationen, seit dem Ermächtigungsgesetz. Abrechnung mußte er bringen, unerbittlich schärfste Abrechnung gegen alle, die das deutsche Proletariat in diese furchtbarste Not und Ohnmacht gestürzt hatten.

Nichts von alledem brachte der Verbandstag, soweit die sozialdemokratische Mehrheit in Betracht kam. Der Geschäftsbericht Dißmanns zeigte sofort, wohin die Reise geht. Nur wenige Worte zur allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage, nur wenig zahme Kritik am ADGB., aber heftige, drohende Angriffe gegen die kommunistische Minderheit und Formulierung von ultimativen Forderungen, denen die Kommunisten sich beugen sollen, sofern sie im Verbande bleiben. Die Rede Graßmanns, des Vertreters des ADGB., bewies, daß die offenen Reformisten die Rede Dißmanns nicht ernst nahmen, sondern als ein Spiel ansehen mit verteilten Rollen. Der Verbandstag in Cassel hob vollends den Schleier vom Gesicht der linken Sozialdemokraten. Wer vorher noch glaubte, daß die linken sozialdemokratischen Führer bereit seien, sich von den Reformisten zu lösen, einen ernsten revolutionären Kampf zu führen oder gar ein Bündnis zu schließen mit den kommunistischen Kollegen, dem hat dieser Verbandstag gründlich den Star gestochen. Nie ist der Charakter der linken Sozialdemokratie so klar zutage getreten wie hier.

Die wahren Regisseure des Verbandstages waren nicht die Dißmänner, sondern die Urich, Ziska und hinter ihnen die Herren vom ADGB. Die großen Reden von Dißmann, Powlowitsch, Metz usw. mit ihren tönenden Phrasen von Einheitsfront und Klassenkampf waren für die große Masse, die nicht hinter die Kulissen sieht. — Bei jeder tatsächlichen Entscheidung, bei jeder Abstimmung war kein Unterschied zu finden zwischen linken und rechten Sozialdemokraten, haben die Linken jeden ernsten Kampf gegen Kapitalsoffensive und weißen Terror, der in den Anträgen der Kommunisten gefordert wurde, genau so brutal niedergekämpft wie die Rechten. Haben die Linken sich genau so an allen Drosselungsanträgen und Statutenverschlechterungen beteiligt wie die Rechten. Es war eine schlagende Illustration für das Klassenkampf- und Einheits-

frontgerede mancher Linken, als der Berichterstatter zur Mandatsprüfungskommission die Generalversammlung mit einem Berge vollkommen einseitig zusammengetragenen Anklagematerials gegen die Kommunisten überfiel, was nur den Zweck haben konnte, bei der Mehrheit der Delegierten eine Pogromstimmung zu erzeugen und dadurch die Kassierung mindestens der Berliner und Nürnberger Mandate zuerreichen. Waren nämlich diese Mandate kassiert, so hatten die Reformisten die unbestrittene Zweidrittelmehrheit und konnten hemmungslos an die Abwürgung der revolutionären Opposition im Verbande herantreten. Und Dißmann war es gewesen, Dißmann mit seinem Vorstand, der in aller Stille das Material gegen die Kommunisten gesammelt und vorbereitet hatte. Nur der geschlossenen und unerschütterlichen Haltung der Minderheit, die sich weder einschüchtern noch provozieren ließ, war es zu danken, daß die Pogromstimmung nicht entstand und Ziska den bereits vorgelegten Antrag auf Kassierung der Berliner Mandate zurückziehen mußte. Um so rachsüchtiger waltete dann die Beschwerdekommission ihres Henkeramtes. Aus den nichtigsten Gründen wurden revolutionäre Kämpfer aus dem Verbande hinausgeworfen. Wie tief der Kommunistenhaß, wie stark schon die Verblendung der linken sozialdemokratischen Führer gediehen ist, wie sehr auch sie bereits die Angelegenheiten der Bourgeoisie besorgen, bewies die Tatsache, daß nicht nur die große Plattform der kommunistischen Fraktion, von der Mehrheit geschlossen abgelehnt wurde, sondern auch einzelne Resolutionen, z. B. gegen das Wüten des weißen Terrors, gegen die Gewerkschaftsspaltung durch den ADGB., zur Erwerbslosenfrage und für die Arbeiterhilfe und Rote Hilfe. Freilich versuchten die Dißmänner noch nachträglich, den schlechten Eindruck ihrer Handlungsweise zu verwischen, indem sie gegen Schluß der Tagung zu nichts verpflichtende Allerweltsformulierungen zur Abstimmung brachten. Die Tatsache bleibt bestehen: Im Zentrum dieses Verbandstages stand nicht der Kampf gegen die Kapitalsoffensive und die weiße Diktatur, sondern der Kampf gegen die revolutionäre Vorhut des Proletariats. Die Front der Verbandstagsmehrheit war nicht gerichtet gegen den Klassenfeind des Proletariats, sondern gegen die revolutionären Elemente im Proletariat. Dem entsprachen denn auch die Ablehnung der Proporzwahlen und die Einsetzung eines rein reformistischen Vorstandes.

Auch in der Stellung zur Internationale und zu den Problemen des internationalen Kampfes zeigten die Dißmänner ihr ausgesprochenes konterrevolutionäres Gesicht. Schon im Geschäftsbericht hatten Dißmann und andere erklärt, daß ein ernster Kampf des Ruhrproletariats nur möglich sei bei gleichzeitigen Aktionen des ausländischen Proletariats in Frankreich und England. Sie sangen damit das alte Lied, mit dem man schon 1914 die deutschen Proletarier vom Kampfe gegen die Mobilmachung abgehalten und auf die Schlachtfelder getrieben hatte. Die Dißmänner bewiesen damit, daß sie nicht nur das deutsche, sondern das internationale Proletariat verraten. Die Verbandstagsmehrheit hat auch abgelehnt, für die Aufnahme der russischen Metallarbeiter und der der GGTU. angeschlossenen Metallarbeiter in die „Eiserne Internationale" einzutreten. Sie hat damit bewiesen, daß sie keine wirkliche kampffähige „Eiserne Internationale" wünscht. Aus demselben Grund hat die Mehrheit es abgelehnt, auch kommunistische Kollegen, der Stärke der Fraktionen entsprechend, auf die internationale Tagung zu senden.

Die Aufgabe der Kommunisten in Cassel war von der Situation außerhalb und dem Verhalten der Verbandstagsmehrheit innerhalb des Saales vorgezeichnet. Mit diesen linken Sozialdemokraten konnte es keine Verhandlungen geben, kein auch nur zeitweiliges Zusammengehen, keinen Versuch der Schaffung etwa eines linken Blocks gegen den rechten, offen faschistischen Flügels. Die Kommunisten hatten es hier mit einem vollkommen geschlossenen Gegner zu tun, dessen beide Flügel sich nur in der Redeweise, in der Tonart, in dem Grade der Demagogie unterschieden. Die Aufgaben der Kommunisten auf diesem Verbandstage mußte ganz klar darin bestehen, die Tagung als eine Tribüne zu benützen, von der aus die von Severing mit Hilfe der Sozialdemokraten verbotene Kommunistische Partei und Rote Gewerkschaftsinternationale nicht nur zu den deutschen Metallarbeitern, nicht nur zu dem deutschen Proletariat sprechen konnte. Die kommunistische Fraktion mußte die revolutionäre Notwendigkeit der Stunde aufs klarste und schärfste herausarbeiten, sie mußte eine unerbittliche Kritik üben an der reformistischen Gewerkschaftspraxis, sie mußte den aktiv gegenrevolutionären Charakter nicht nur der rechten, sondern ebenso der linken Sozialdemokraten ins hellste Licht rücken. Und sie mußte das tun, indem sie gleichzeitig durch ihre Anträge in den Kommissionen zeigte, daß sie nicht nur politisch zu agitieren, sondern auch ernste praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten gewillt ist. Sie mußte klar aufzeigen, wodurch sich die revolutionäre Gewerkschaftstaktik von der reformistischen unterscheidet, sie mußte die enge Verflochtenheit von Gewerkschaftsarbeit und proletarischer Klassenpolitik aufzeigen.

Auf dem Verbandstagg zu Kassel ging der Kampf zwischen der reformistischen Mehrheit, die eine konterrevolutionäre Mehrheit war, und den Kommunisten nicht um Einzelheiten, sondern letzten Endes um die großen Grundfragen des Verhältnisses der proletarischen Gewerkschaften zum bürgerlichen Staat, des Verhältnisses von wirtschaftlichem und politischem Kampf, des Verhältnisses von Gewerkschaft und Partei. Diese Grundfragen wurden von den Kommunisten nicht abstrakt theoretisch gestellt, sondern in ihrer konkreten Anwendung als Probleme des täglichen Kampfes. Und in all diesen Grundfragen haben die linken Sozialdemokraten um Dißmann sich für die rechte Sozialdemokratie, für die Nutznießer und Mitverheber des Belagerungszustandes, für die Befürworter des Ermächtigungsgesetzes entschieden.

Die intransigenten Sozialdemokraten haben auf diesem Verbandstag ihr Ziel, auch auf die Gefahr der Spaltung hin die Kommunisten mundtot zu machen, nicht erreicht. Dazu war die kommunistische Fraktion bereits zu stark, dazu war die Stimmung der breiten Massen draußen im Reiche zu erbittert. Sie mußten sich für diesmal mit der Annahme eines Drosselungsantrages begnügen, der dem Vorstand die Handhabe bieten soll, im Laufe der kommenden Monate in abgekürztem Verfahren sich der kommunistischen Opposition zu entledigen. Dieser Beschluß verbietet die Aufstellung besonderer oppositioneller Listen zu den Betriebsratswahlen, versucht die Organisierung der revolutionären Opposition im Verbande und ihre Verbindung mit der Roten Gewerkschaftsinternationale unmöglich zu machen. Allein hier beißen die Herren auf Granit. Man kann nicht die Kommunisten aus den Gewerkschaften des deutschen Proletariats herauswerfen. Man kann einzelne Kommunisten herauswerfen, man kann Massenausschlüsse vornehmen, aber die Gewerkschaften müßten aufhören, proletarische Massenorganisationen zu sein, wollten sie kommunistenrein sein. Schon jetzt steht mindestens die Hälfte der Mitgliedermassen des DMV. auf dem Boden der revolutionären Gewerkschaftstaktik. Der Kampf um die Gewerkschaften ist nicht ein Kampf um die einzelnen Gewerkschaftsorgane und Führersitze, sondern um die Massen des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Die Vereinigung des gewerkschaftlich organisierten Proletariats unter kommunistischer Führung auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes wird kommen — über den Weg der Spaltung, wenn die Reformisten diese Spaltung provozieren, auf dem Wege der inneren Eroberung der Gewerkschaften, wenn die Massen des Proletariats die Agenten der Bourgeoisie in ihren eigenen Reihen ausmerzen und den Gewerkschaftsapparat wieder in eine Waffe des Proletariats gegen die Bourgeoisie verwandeln.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, die Vorgänge auf dem Verbandstag in Cassel nicht nur den Metallarbeitern vor Augen zu führen, sondern dem ganzen deutschen Proletariat an diesem Beispiel zu zeigen, wohin die reformistischen Führer die Gewerkschaften führen, und wie wenig auch jene, die das Wort vom Klassenkampf noch im Munde führen, und die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum mit Worten ablehnen, daran denken, aus Worten Taten zu machen. Jetzt erst recht kann es keinen Gedanken geben an Verlassen der Weimarer Linie, jetzt erst recht heißt es: Kampf um die Eroberung des gewerkschaftlich organisierten Proletariats.

Die Reden und Anträge der Kommunisten in Cassel haben diesen Verbandstag wirklich zu einer Tribüne und einem Tribunal gemacht, zu einem Tribunal, auf dem der Vorstand des DMV. mit samt seiner sozialdemokratischen Mehrheit, die Angeklagten waren, angeklagt wegen Hochverrats an der Arbeiterklasse. Die Massen der deutschen Metallarbeiter werden über sie das Urteil fällen.

---

## Die deutschvölkischen Demagogen und der Achtstundentag

Nach einem Bericht des Hugenbergschen Berliner Lokalanzeigers" vo m2. März hat die „Partei" des berüchtigten Knüppel-Kunze auf ihrem Groß-Berliner Verbandstag unter anderen eine Entschließung zu der Frage des Achtstundentages gefaßt. Die deutschvölkischen Demagogen sprechen sich **gegen die Aufhebung des Achtstundentages** aus. Der Entschließung stellen wir die Tatsache entgegen, daß Ehrhardt, der in der völkischen Partei bestimmt ein ganz anderes Gewicht besitzt als der Knüppel-Kunze, am 15. November 1923 einem Berichterstatter des gelesensten Blattes Süd-Schwedens, „Sydsvenska Dagblad" erklärt hat:

**„Durch den Achtstundentag und dadurch, daß keine Akkordarbeit geleistet wird, ist unsere Industrie in kurzer Zeit der Konkurrenz unterlegen."** (Vgl. den „Montag-Morgen" vom 19. 11. 1923.)

Durch diese Feststellung ist die Entschließung der Knüppel-Kunze-Partei als Demagogie entlarvt, die nur den Zweck hat, die Arbeiter auf den völkischen Leim kriechen zu lassen.

---

# Arbeiterkämpfe.

Die Funktionäre der Bergarbeiter des **Kölner Braunkohlenreviers** haben beschlossen, den Kampf abzubrechen. Schuld an diesem Ausgang des Kampfes haben die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die nicht nur durch Miesmacherei, sondern auch durch zaudernde Führung sabotierten.

•

Nachdem schon 300 erwerbslose **Bergarbeiter aus Rheinhausen** zwangsweise in das Braunkohlenrevier abgeschoben wurden, wird jetzt weiteren 200 Erwerbslosen die Unterstützung entzogen, damit sie im Braunkohlenrevier Mehrwert schinden müssen. Damit kehren wir in die Zeiten vor 1810, vor den Steinschen und Hardenbergschen Reformen zurück. Die Freizügigkeit der Arbeiter wird aufgehoben. Einst eine revolutionäre Forderung der jungen Bourgeoisie, wird ihre Aufhebung jetzt dazu benutzt, um die Zechenbarone fetter und die Arbeiter mürbe zu machen.

•

**Die Erwerbslosen von Flensburg** führten einen Streik gegen die Pflichtarbeit durch. Die Polizei besetzte die Stempelstellen und verhaftete 13 Erwerbslose. Der Streik wurde abgebrochen, um ihn gleichzeitig mit dem Streik in ganz Schleswig-Holstein aufnehmen zu können.

•

Die Werftarbeiter der **Stinneswerft in Flensburg** verharren einig und geschlossen in der Aussperrung. Die Belegschaft der Metallwerke Jensen und Sohn verließ wegen Lohnforderungen geschlossen den Betrieb.

•

Die Urabstimmung über den Neunstundentag in der **Metallindustrie in Harburg** ergab 80 Proz Mehrheit für den Achtstundentag.

•

Die Textilarbeiter von **Hameln** sind in den Streik getreten, um die Angriffe der Unternehmer auf den Achtstundentag abzuwehren.

•

Die **Kohlenarbeiter und Möbeltransportarbeiter Kiels** sind für die Erhaltung des Achtstundentages in den Streik getreten.

•

Die **Stadtverordnetenversammlung von Dortmund** nahm gegen die Stimmen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei einen Antrag an, der die **Wiedereinführung des Achtstundentages für die städtischen Betriebe** fordert. Mit dem 1. März war die neunstündige Arbeitszeit eingeführt.

•

Die **Stadtverordneten Düsseldorfs** lehnten einen solchen Antrag ab, nahmen dagegen einen anderen an, der die über 48 Stunden geleistete Arbeit als Ueberarbeit bewertet und bezahlt.

•

Die **Frauen** der Hüttenarbeiter der **Roten Erde bei Aachen** faßten in einer Versammlung einstimmig den Beschluß, mit Einsatz ihrer Person jeden Streikbruch zu verhindern und den Kampf der Hüttenarbeiter durch lebhafte Propaganda zu unterstützen. In die Streikleitung, einem 20er Ausschuß, wurden drei Frauen delegiert.

•

Dem entschlossenen Vorgehen der **Saarbergarbeiter** ist es gelungen, die Schichtlöhne für Februar um 1,25 Franken und für März um 2 Franken zu erhöhen.

•

Die Textilindustriellen in **Apolda** lehnen einen Schiedsspruch ab, der Lohnzuschläge und 80prozentige Frauenlöhne vorsieht. Die Unternehmer wollen die Arbeitszeit verlängern und in Akkord arbeiten lassen.

•

Für die **sächsisch-thüringischen Webereien** wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen Spitzenlohn von 38 Pfennigen und eine Arbeitszeit von 53 Stunden in der Woche vorsieht.

•

In **Norwegen** sind 60 000 Arbeiter ausgesperrt.

•

Die **Metallarbeiter der Ortsverwaltung Aue** (Erzgebirge) lehnten einen Manteltarif, der außer der neunstündigen Arbeitszeit Lohnverschlechterungen bringt, mit 13875 gegen 11439 Stimmen ab.

---

# An die Arbeit!
## In den Kampf!

In den Reihen der Sozialdemokratie sickert ein Strom des Pessimismus und der Untätigkeit selbst bis in die Reihen unserer **Kommunistischen Partei.** Die propagandistische Tätigkeit der Partei, ihre Agitation leidet schwer unter der Stimmung, die sie vielfach in die Worte kleidet: alles oder nichts! und die praktisch auf das Nichtstun hinausläuft. Diese Stimmung ist keine kommunistisch-revolutionäre, sondern eine **kleinbürgerlich-sozialdemokratische** Stimmung. Sie muß mit aller Macht von den aktivsten Kräften der Partei bekämpft werden.

### Der Weg zum Entscheidungskampf

führt nur über die täglichen Teilkämpfe und Vorkämpfe gegen den Faszismus, über den täglichen Widerstand gegen den faszistischen Uebermut, der keine Gegenwehr von seiten der Arbeiterklasse sieht. Wer in dieser Situation, mit welchen Redensarten auch immer, sich diesen Aufgaben des unmittelbaren Kampfes entzieht, arbeitet, ob er es will oder nicht, dem Faszismus und der Sozialdemokratie in die Hände.

**Schluß damit, an die Arbeit, in den Kampf!**

---

# Ohne Betriebszellen,
## ohne organisierte Beeinflussung und Führung der großindustriellen Arbeitermassen keine Betriebsrätebewegung, die als gewaltiger Hebel zur Revolution in der Hand der KPD. ist

---

# Beamtenbewegung.
## Unterstützungsverein oder Gewerkschaft?

Von Norbert.

Der kapitalistische Staat hat sich bekleidet bis zur Splitternacktheit. Von dem demokratischen Mäntelchen und dem sozialen Schleier, womit man zur Irreführung der Werktätigen die kapitalistische Diktatur bislang noch umhing, ist kein Fetzen mehr übrig. Der kommunistische Vortrupp der Handarbeiterschaft erkannte längst durch die scheindemokratische Umhüllung den Klassencharakter der bürgerlichen Staatsmaschine. Die Auffassung der Beamten dagegen leidet immer noch unter demokratischen Illusionen, selbst nach ihrer unmenschlichen Behandlung durch die Ermächtigungsdiktatur.

Man hält nicht für möglich, mit welch nichtigen Dingen sich die sogenannten Gewerkschaften der Beamten gegenwärtig, da das Todesurteil über Hunderttausende ihrer Mitglieder gesprochen wird, beschäftigen. „Der Beamtenbund", die Zeitschrift der DBB. stimmt Lamentationen darüber an, daß die böse Revolution manchen armen Beamten die einstigen bescheidenen Ehren und Auszeichnungen genommen habe; „Der Eisenbahnbeamte", das Organ der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter, untersucht in einem eine ganze Spalte füllenden Artikel die Frage, ob die 2. Klasse bei Frei- und Dienstfahrten des Eisenbahnpersonals für die Besoldungsgruppe 7 oder 8 das „Existenzminimum" darstelle. Will man hinter solchen Klagen seine gewerkschaftliche Impotenz verbergen? Hier muß mit eisernem Besen gefegt werden! Die mittleren und unteren Beamten müssen ihre Organisationen zu wirklichen Kampfinstrumenten umgestalten.

Die meisten Beamtenverbände sind bis heute über den Charakter von Unterstützungsvereinen nicht hinaus gekommen. Wir erkennen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die Gewährung von Kranken- und Sterbegeld, Notfallunterstützungen, Witwen- und Waisenrenten als Ausdruck von Solidarität und notwendiger kollektivistischer Selbsthilfe an. Aber die Beamtenorganisationen dürfen darin nicht ihren Hauptzweck erblicken; sie haben vielmehr über diese Palliativmittelchen hinaus wichtigere Aufgaben zu lösen.

Dabei wollen wir — aber nur infolge der gegenwärtigen Vorherrschaft ungeheurer materieller Nöte — die **Kulturaufgaben** nur nennen. Weit im Vordergrund stehen heute Sorge und Kampf um das **leibliche Wohl**; und dieser Aufgabenkomplex hat nicht nur eine finanzielle Seite, wenn diese auch angesichts des Massenelends die Hauptrolle spielen muß. Die **Erhöhung der Gehälter** auf ein erträgliches Existenzminimum für die unterste Besoldungsgruppe ist das Mindeste, was die Organisationen mit allen Mitteln erkämpfen müssen nach dem Grundsatz: „Gleiche Leistungen, gleiche Rechte!" ohne Unterschied des Ranges und Geschlechts.

Der **Schutz der Arbeitskraft** bildet die andere Seite des Gewerkschaftskampfes. Nach der Kriegsenteignung der mittleren und unteren Volksschichten ist die Arbeiterschaft das einzige Gut, über das diese, also auch die mittleren und unteren Beamten, noch verfügen. Ihre frühzeitige Erschöpfung bedeutet bei den noch beträchtlich hinter den Hungergehältern zurückbleibenden Pensionssätzen die buchstäbliche Vernichtung von Millionen Menschen. Im Interesse ihrer Erhaltung ist neben aus-

reichender Entlohnung die Sicherung von Leben und Gesundheit durch zweckentsprechende Maßnahmen und die Bemessung der Arbeitszeit von größter Bedeutung. Es handelt sich nicht nur darum, vorsorgend durch Sauberkeit in den Diensträumen, hygienische Einrichtungen, Schutzvorrichtungen usw. die Gefahr vorzeitiger Zerstörung oder Schädigung der Arbeitskraft auf ein Mindestmaß herabzudrücken, sondern auch durch kostenlose Heilfürsorge trotzdem eingetretene Erkrankungen möglichst rasch und gut wieder zu beheben. Bei der Arbeitszeit genügt es nicht, einen Maximalarbeitstag festzusetzen, sondern darüber hinaus ist durch Feiertage und ausreichenden Urlaub die Reproduktion verbrauchter Kräfte zu garantieren.

Man wird gleich bei der Hand sein, zu erklären, hier würden offene Türen eingerannt, das alles sei auch in den Statuten der Beamtenorganisationen zu lesen. Aber man muß den Beamten immer wieder den guten Rat geben, ihren Führern nicht auf den Mund, sondern auf die Faust zu sehen. Die Stinnesdiktatur hat die Gehälter der mittleren und unteren Beamten und die Pensionen auf ein Hungerniveau herabgedrückt, die Arbeitszeit mit einem Federstrich unerträglich verlängert, den Urlaub um eine Woche gekürzt, aus Sparrücksichten beispielsweise in Preußen die Heilfürsorge unmenschlich beschnitten, kurzum, sie hat sich die unglaublichsten Eingriffe auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Aufgaben erlaubt. Haben die großen Spitzenverbände, allen voran der DBB., ihre Mitgliedschaften, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, zum rücksichtslosesten Kampf dagegen aufgerufen? Sie haben schmählich versagt, ihrem Ruf als Unterstützungsverein nicht getrübt und an den mittleren und unteren Beamten liegt es, in ihrem ureigensten Interesse hier gründlich Wandel zu schaffen.

### Der Schwindel der Gehaltserhöhung.

Nachdem Luther zur Durchführung der Stinnessanierung die Beamtengehälter auf ein Drittel seines Friedensstandes gekürzt hat, hat er vor einer Woche, um die Beamten zu beruhigen, ihnen eine Gehaltserhöhung von 20 Prozent zum 1. April in Aussicht gestellt. Jetzt wird bekannt gemacht, erstens, daß diese Gehaltserhöhung noch nicht zum 1. April eintritt, und zweitens, daß sie höchstens 10 bis 15 Prozent betragen wird.

Am 1. April kommen Luthers Goldmieten, aber die Beamtenerhöhung unterbleibt. Statt einer Aufbesserung der Gehälter kommt eine neue Kürzung. Die Beamtenorganisationen verhandeln mit Herrn Luther, aber handeln nicht.

### Der Abbau.

Bei der Reichspostverwaltung sind bisher 17 bis 18 Prozent des Personals entlassen worden. Nicht weniger als 45 000 Menschen hat Luther auf die Straße werfen lassen.

In Sachsen, unter der Herrschaft der Großen Koalition, ist am 1. März die Zahl der Beamten um weitere 780 Köpfe vermindert worden. Triumphierend teilt die Stinnes-Presse mit, daß jährlich 13 bis 14 Millionen Mark an Besoldungsausgaben gespart werden. Besitzsteuern werden überflüssig, da die Beamten arbeitslos gemacht werden.

## Genossenschaftsbewegung.

### Genossenschafts"-Verbrecher" an die Front!

Die große deutsche Konsumvereinsbewegung macht in der jetzigen Zeit der Umgruppierung der Klassenkräfte eine gewaltige Krise durch. Die Folgen dieser Krise müssen sich für die Konsumvereine in vielen Fällen katastrophal auswirken, weil neben dem Mangel an grundsätzlich-wirtschaftspolitischer Einstellung auch in vilen Fällen das ABC. einer kaufmännischen Betriebsführung außer Acht gelassen wurde. Durch die vielgepriesene „genossenschaftliche Selbsthilfe" ist in der Tat — wenn wir alles Blendwerk und Wortgerassel beiseite legen — ein großer genossenschaftlicher Krämerladen geworden.

Diese Tatsache ist leider nur einem kleinen Teil genossenschaftlicher Führer zum Bewußtsein gekommen, während die breiten Mitgliedermassen bereits in vollkommener Passivität — mit allen Gefahren des Indifferentismus — zu ihrer Genossenschaft stehen.

Es ist deshalb unsere Pflicht, die Träger der Genossenschaftsbewegung — das deutsche Proletariat — auf die Gefahren aufmerksam zu machen und es aufzurufen seiner Genossenschaftsbewegung die Basis zur Selbsterhaltung zu schaffen. Die zielklaren Kräfte der Arbeiterklasse im allgemeinen, und aller klassenbewußter Genossenschaftler im besonderen, haben sich an die Spitze dieser Orientierungskämpfe zu stellen.

Als elementare Grundforderung und Zentralpunkte zukünftiger Genossenschaftspolitik haben wir doppelt es zu fordern:

1. An Stelle der sogenannten „politischen Neutralität" die in den meisten Vereinen eine banale sozialdemokratische Parteipolitik darstellt und in der Hamburger Spitze sich zu einem ostentativen Hinneigen zur bürgerlichen Weltanschauung mit seinem freien Spiel der Wirtschaftskräfte auswirkt, haben wir eine proletarisch-sozialistische Genossenschaftspolitik zu fordern.
2. Vollkommene Freiheit der Diskussion aller Genossenschaftsprobleme. Beseitigung der geistigen Bevormundung Hamburgs.

Wir müssen den Arbeitern klar machen, daß heute seine genossenschaftlichen Institutionen ein Monopol einer kleinen Gruppe von Führern ist, die an die Stelle der „solidarischen Selbsthilfe" die Herrschaft weniger gesetzt hat und mit allen Mitteln der Demagogie, Engstirnigkeit und Blödigkeit zu verteidigen versucht.

## An den Früchten sollt Ihr sie erkennen!

Während Tausende und aber Tausende von Kommunisten in den Gefängnissen saßen, hatte der Gewerkschaftssekretär Gampich-Liegnitz den traurigen Mut in einer Betriebsversammlung zu Haynau folgendes zu erklären:

**Die Kommunisten sind ja alle feige, wo sind denn jetzt die Kommunisten?**

Die Versammlung antwortete ihm empört und treffend:

**„Im Gefängnis!"**

Wahrlich, traurige Gestalten diese Sozialdemokraten.

Es könnte bald so scheinen, als wenn die Zentralinstanzen und Verbandsbehörden einen eigens dazu eingerichteten kriminellen Organisationsapparat haben, um die Tätigkeit der „Verbrecher" zu überwachen. Man kämpft mit den konservativen Methoden des wilhelminischen Regimes. Geschichtlich notwendige, lawinenhaft wachsende Kräfte sind es aber, die an die morschen Gummiplatten der heutigen Gesellschaftsordnung klopfen und ich verstehe sehr wohl, daß der ängstliche Bürger diese Klopfer und Mahner als „Verbrecher" bezeichnet.

Und mit den gleichen Mitteln kämpfen unsere bewährten Genossenschaftsführer die sich regende Genossenschafts-Opposition.

Haben in irgend einem Verein die Kommunisten einmal eine Anteilerhöhung abgelehnt oder dergleichen, so werden diese Verbrecher gebührend gebrandmarkt. Verfolgt bitte die Rubrik „Nachrichten aus den Verbandsvereinen" in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" und der urteilslose Leser — und das sind die meisten Genossenschaftsführer — muß zu dem Schluß kommen, daß nur die Anhänger der kommunistischen Bewegung „die bewährten genossenschaftlichen Grundsätze" mit Füßen treten. Von anderen Kritikern und Opponenten hört man aber nichts, trotzdem ich behaupte, daß von den Anhängern der neutralen Genossenschaftspolitik „die bewährten genossenschaftlichen Grundsätze" weit mehr „vernachlässigt" worden sind. Man hört kein Wort der Kritik im Hamburger Organ, wenn Einrichtungen und Personen für die Politik der VSPD. „Mißbraucht" werden.

Man sieht oben in Hamburg gar nicht, wie es unten brodelt und zischt und man gibt sich auch gar nicht die Mühe, dieses Zeitereignis gedanklich zu verarbeiten. Wir sind doch kein starres System, sondern wollen eine Bewegung sein, deren taktische Strategie sich nach dem Kräfteverhältnis der Umwelt und der sie bekämpfenden Gegner richten muß.

Aber Hamburg schafft einfach gegen die Opposition und speziell gegen die Kommunisten eine „Pogromstimmung" zur Ausrottung dieser „Verbrecher". Es ist ein frevelhaftes Spiel, was von Hamburg mit der Arbeiterbewegung und Genossenschaftsbewegung getrieben wird.

**Wenn wir Kommunisten nicht alle oppositionellen Kräfte schleunigst gegen die Pogromstimmung der Hamburger Richtung sammeln bedeutet es die Spaltung der deutschen Konsumbewegung.**

Das Ende der demokratischen Illusionen, der deutschen Sozialdemokratie erleben wir jetzt und das Werk dieser sozialistischen „Weltverbesserer", die im Jahre 1918 bis 1920 der Welt mit politischen und wirtschaftlichen Ratschlägen beglückten, steht heute vor uns: Generalsherrschaft! Unternehmerwillkür! Arbeitslosigkeit! Zehnstundentag! Hungerlöhne! Hungersterben! Und das alles war nur möglich, weil die deutsche Sozialdemokratie, die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung „Schmiere" gestanden haben bei dem seit November 1918 vom einigen Bürgertum vorbereitenden Anschlag gegen die Arbeiterklasse.

Auf dem Genossenschaftstag in Baden-Baden hat man noch unseren Genossen ausgelacht, als er die Umsatzsteuerfreiheit für die Konsumvereine verlangte. Damals herrschte noch jener Geist der „Volksgemeinschaft" zwischen Baron und Arbeiter: — „Und alle müssen dem Staate geben, was der Staat gebraucht."

Inzwischen haben aber die Unternehmer, durch Steuersabotage usw. ihre wirtschaftliche und politische Macht gestärkt. Das freie Spiel der Kräfte ist da — die Totengräber leben!

Die von uns geführte oppositionelle Bewegung ist bereits stark und kräftig geworden, sie kann nicht durch Verbote und Verordnungen der Genossenschaftsbehörden beseitigt werden. Unsere natürlichen Klassenkräfte werden wir in den breiten Mitgliederkreisen gegen die Hamburger Machtgelüste mobil machen. Die Hamburger Pogromforderung „Fort mit den Verbrechern" soll für uns das Signal sein, jetzt und immerfort mit verdoppelter Kraft für eine zielklare proletarische Genossenschaftspolitik zu kämpfen. Wir werden die Segel nicht streichen. Aus unserem Arsenal holen wir uns neuen und stärkere Sturmsegel, mit diesen werden wir auf dem Meere des Zeitgeschehens dem plumpen, hölzernen, lecken Schiffsrumpf der reformistischen Genossenschaftspolitik den Wind aus den Segeln nehmen und an die Genossenschaftsmasten statt der Fahne der raffsüchtigen hanseatischen Kauffahrteifahrer die Fahne der Arbeit — „Hammer und Sichel" — knüpfen.

Den uns hingeworfenen Fehdehandschuh nehmen wir auf, unsere Kolonnen sammeln sich und noch ehe die Sonne im Zenith steht, wird unser Kampfruf „„Verbrecher" an die Front" eine stahlharte Mauer zur Abwehr der Spaltungs- und Pogrombestrebungen innerhalb der Genossenschaftsbewegung geschaffen haben.

Karl Eduard

## Aus Betrieb und Gewerkschaft.

### Der Vorstand des ADGB. zerstört die Gewerkschaften.

Nachdem der Bezirksausschuß des ADGB. in Halle-Merseburg, der in seiner Mehrheit aus Kommunisten besteht, vor einiger Zeit eine Konferenz der Ortsausschüsse einberufen hatte, die sich auf den Boden der Weimarer Opposition gestellt hatte, ist den Führern des ADGB. die Ueberlegung zum Teufel gegangen.

Die Konferenz wollte der Vertreter des ADGB. zu verschiedenen Malen verlassen, wurde aber von den Deligierten sehr geschickt daran gehindert. Ihnen scheint, vor allem daß SPD.-Vertreter ihnen die treue Gefolgschaft versagten, der Schreck in die Glieder gefahren zu sein. Da sie einsehen, daß sie auf „demokratischem" Wege die Opposition nicht totschlagen können, versuchen sie es jetzt mit Gewaltmitteln. So hat der

**Bezirksausschuß des ADGB. für Mitteldeutschland aufgelöst**

und die reformistischen Sekretäre Sauge und Hesse eingesetzt, um die Neuwahl des Ausschusses „legal" durchzuführen. Sie haben jedoch praktisch die Aufgabe übernommen, die Kommunisten auszuschalten. Die Gefahr, die dadurch entsteht, ist gar nicht zu übersehen. Die Arbeitermassen werden hier noch ein Wörtchen mit diesen Agenten der Bourgeoisie zu reden haben, die Leipart und Genossen brauchen zur Fortführung ihrer verräterischen Politik Ruhe in den Reihen der Gewerkschaften. Da sie mit Demagogie, organisatorischen Kniffen und Schiebungen die Opposition nicht erledigen, bleibt ihnen nur noch der letzte Weg, der Hinauswurf der Opposition übrig. Das bedeutet die Schwächung der Arbeiterklasse und die Stärkung des Unternehmertums. Sie leisten damit dem [illegible] Hesse [illegible] dienste und werden zu Helfern des [illegible]

Der Sekretär Hesse, den der Vor[illegible] verfügt nicht über das geringste [illegible] klasse. Anläßlich des Gunostreiks, [illegible] die Arbeiter weiterstreikten, hatte der [illegible] lassen, die zur Aufnahme der Arbeit aufforderten. Aber kein einziger Prolet fand sich zur verräterischen Tätigkeit. Schiller sagt im Tell: „— Und so verachtet ist die Tyrannei, daß sie kein Werkzeug findet). Hesse klebte selbst in Halle die Plakate an die Straßenecken der Stadt. So sehen die Stützen des Vorstandes des ADGB. aus.

Trotz allem schreiten wir vorwärts. Der Gedanke der Industrieverbände siegt trotz aller Schikane der Verräter. Ihnen sei gesagt:

Die Weltgeschicht in ihrem Lauf
hält weder Ochs noch Esel auf.

# DIE REBECCEN

2 **Von P. E. Dybenko.**

Alles geht wie geschmiert. Nur unser Kommandeur, der Kapitän Nebolsin, ist nicht wieder zu erkennen: die Angst schüttelt ihn förmlich. Den ganzen Tag betet er zu Gott, er möge ihm eine Begegnung mit den Deutschen ersparen. Durch sein Aussehen versetzt er alle in eine panische Stimmung. Nur der älteste Offizier, ein typischer Seebär, geht in bester Laune von der Welt auf dem Oberdeck auf und ab und wartet ungeduldig auf den Augenblick, in dem es endlich Geschosse regnen wird.

Die Natur scheint uns günstig gesinnt zu sein. Grelle Sonnentage. Die Sonnenstrahlen spielen im Marineblau. Ringsum Stille. Nicht die geringsten Anzeichen, daß ein blutiger Krieg angefangen hat. Nur nach Sonnenuntergang beginnt auf dem Schiff wieder der Wirrwarr. Es wird befohlen, daß niemand schlafen darf: ein deutsches Geschwader wollte uns in der Nacht überrumpeln. Alle rennen, alle warten.

Der Kommandant trank in seiner Angst drei Flaschen Sodawasser und schluckt eben an der vierten Tasse schwarzen Kaffees. Seine Ordonanzen haben keine Sekunde Ruhe. Die Armen brauchen keine Schlacht, sie sind schon tot. Der Steuermann, Bootsmannmaat Pawlow, betrachtet mit wütend zusammengezogenen Brauen seinen Kommandeur und flüstert: „mit Weibern müßtest du dich herumschlagen, und nicht auf der See." Pawlow und ich haben gerade Dienst und wir wundern uns über die sonst so kampflustigen Patrioten. Endlich ist der Kommandeur so erschöpft, daß er, nahezu krank, sich in seine Kajüte zurückzieht. Damit gewährt er auch unseren Blicken eine Erholung. Es wäre gut, wenn er bis zum Morgen schliefe. Die ganze Wachtzeit hätten wir unsere Ruhe, und ein kleines Schlummerstündchen wäre auch nicht so übel.

Zwei Uhr nachts. Die Hornisten blasen Alarm. Auf dem Schiffsdeck ein wildes Gedränge: alle rennen an ihre Plätze. Auch der Kommandeur stürzt heraus, aber — o, wie entsetzlich! — nur in Unterwäsche. Man sieht, daß er ein eifriger Kämpe „für Kaiser und Vaterland" ist, — er nimmt sich nicht einmal die Zeit, sich seine Hosen anzuziehen...

Alles verstummt. Ringsherum Totenstille. Hunderte aufmerksamer Augenpaare blicken in die nächtliche Finsternis. Man sieht absolut nichts. Der erste Steuermann, Leutnant Lange, erscheint würdevoll auf dem Kommandodeck und meldet:

„Herr Kapitän, am Horizont ist ein feindliches Geschwader gesichtet worden; die Beobachter stellen die Zahl der Wimpel fest. Was befehlen Sie?"

Der Mann muß toll geworden sein, gibt es bei Nacht einen Horizont?! Mit zitternder Stimme erteilt der Kommandeur seine Befehle.

„Lassen Sie mir alle fünf Minuten Meldung bringen, wir wenden nach Südwest".

„Zu Befehl!"

Der Steuermann, Leutnant Lange, geht. Da stürzt der Revident, Leutnant Lewitzky, mit bleichem Gesicht herein:

„Arkady Nikolajewitsch! Was soll mit den Lebensmitteln werden? Könnte man nicht alle Süßigkeiten und dergleichen bevor der Kampf angeht, der Besatzung geben?"

Der Kommandeur war damit einverstanden. Er hatte es schon vergessen, daß die Mannschaft kampfbereit auf ihren Posten stand, — wer sollte da „Süßigkeiten und dergl. unter sie verteilen?"

„Ja, ja, Sergej Wladimirowitsch, Sie haben vollständig recht, das ist ein ausgezeichneter Gedanke. Das muß sofort geschehen. Wir werden wahrscheinlich heute alle zu Grunde gehen. Man muß alles unter die Mannschaft verteilen. Die Leute lieben Süßigkeiten. Mögen Sie wissen, wie der Kommandant für sie sorgt."

Aber der Revident, der Leutnant Lange reibt sich die Stirn und zögert, den Befehl weiter zu geben: auch jetzt vor dem Tode fällt es ihm schwer, auf die sicheren Einnahmen zu verzichten. Man bedenke doch: diese „Süßigkeiten" und dergl." sind die Frucht seiner Energie und seiner langjährigen Erfahrung. Sie sind eine sichere Einnahmequelle für ihn und den Kommandeur. Und der Kommandeur scheint vergessen zu haben, daß er der Befehlshaber eines Schiffes ist. Um seine traurigen Todesgedanken zu zerstreuen, nimmt er den Revident beim Arm, geht mit ihm auf und ab und spricht von seiner Heirat, von seiner schönen jungen Frau — einer Engländerin, von seinem Sohn, dem künftigen Admiral. Und er erwägt: wenn er die erste Schlacht gewinnt, — wird er dann zum Kontreadmiral ernannt werden, oder gleich zum Admiral? Bei diesen Gesprächen vergeht eine Stunde. Das unglückselige deutsche Geschwader ist noch immer nicht zu sehen. Endlich kommt der erste Offizier, Kapitän Gärtner, und meldet mit trockener, selbstbewußter Stimme:

„Arkady Nikolajewitsch, von einem feindlichen Geschwader ist keine Spur zu sehen und wir kommen glücklich nach Reval zurück."

„Ach, das ist ja ausgezeichnet" — seufzen im Duett der Kommandeur und der Revident. Das Gesprächsthema verändert sich sofort:

„Sergej Wladimirowitsch," fragt der Kommandeur: „Haben Sie den Befehl zur Verteilung der Lebensmittel schon gegeben?"

„Nein, noch nicht!"

„Ach, das ist gut! Wissen Sie, wenn wir morgen früh in Reval sein werden, muß man soviel wie möglich Süßigkeiten einkaufen, unsere Blauen lieben ja das Naschwerk so sehr. Aber wir wollen sie lieber verkaufen, und zum Abendessen, denke ich, werden wir kein Fleisch geben; aus dem Fleisch aber machen wir Koteletts und Butterbrode und lassen sie ebenfalls verkaufen. Die Leute bekommen ja jetzt ein erhöhtes Kriegsgehalt, Geld haben sie genug, und an Land geht keiner. Wo sollen sie hin mit all dem Geld. Und so wird das ganze Geld in die Messe wandern."

Unter solchen Gesprächen verlief die Nacht. Nur der Bootsmannmaat Pawlow schnaubte wütend und murmelte: „das euch alle der Teufel holt, es wäre besser, das deutsche Geschwader wäre uns über den Hals gekommen, — dann hätten wir Gebäck und Zigaretten und süßen Tee mit Marmelade, — und jetzt sollen wir wieder unser Geld in die Messe tragen?"

Als ich ihn so finster sah, mußte ich auflachen:

„Höre, Pawlow, wo willst du denn hin mit all deinem Geld, du bekommst ja jetzt 23 Rubel im Monat. Hast keine Frau und keine Kinder. Und der Kommandeur und der Leutnant haben schöne Frauen, die Toiletten brauchen, und Kinder haben sie auch. Wir müssen doch die Armen unterstützen! Wir werden uns ja selber schämen, wenn die Frau des Kommandeurs und seine Kinder zerrissen umherlaufen werden"...

Aber Pawlow ist nicht damit einverstanden. Er schnaubt und brummt immer wieder und gilt doch für den Liebling des Kommandeurs. Ja, mein Pawlow ist ein großer Patriot und den Zaren liebt er von ganzem Herzen. Ich erinnere mich, wie er bei einer Kaiserparade, — damit ihn die höchsten Herrschaften bemerkten, — seine Brust wölbte und den Kopf hoch riß... Und was hat er alles nachher erzählt, nach dieser Kaiserparade! Bis in die kleinsten Einzelheiten hat er den Kaiser und die Kaiserin, den Thronfolger und die jungen Prinzessinnen beschrieben. Und jetzt scheint er diesem treuen kaiserlichen Diener, dem Kommandeur, nicht mehr grün zu sein! Es ist wahr, im Prinzip hat er auch jetzt nichts gegen ihn einzuwenden, aber seine himmelschreiende Ausbeuterei geht auch ihm über die Hutschnur. Aber auch das ist gut! Jetzt wissen wir wenigstens wo man die Leute wie Pawlow anpacken kann. Eines Tages werden wir das versuchen.

Um neun Uhr morgens nähert sich unser Linienschiffsgeschwader in langsamer Fahrt der Bucht von Reval. Ankerketten rasseln, die trüben Gesichter hellen sich auf, und alle machen sich an ihre gewohnte Arbeit, allerdings mit größerer Hast und Unruhe, als es sonst zu geschehen pflegte. Ueber Deck schrillen in unerträglichen Dissonanzen scharfe Pfiffe der Bootsleute und Bootsmannmaaten: es soll Kohle eingenommen werden.

So endete die erste „berühmte" Fahrt des Baltischen Linienschiffgeschwaders.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus dem Bekleidungsgewerbe.

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungsgewerbe, die Sommer 1923 den Höhepunkt erreichte, hat nachgelassen. Alle Branchen sind wieder beschäftigt, bei einigen, Damenkonfektion und Wäsche, war die Konjunktur sogar gut. Trotzdem stand das Bekleidungsgewerbe in punkto Arbeitslosigkeit bei den männlichen Arbeitsuchenden im Februar mit 2838 an zweiter Stelle. Bei den weiblichen Arbeitsuchenden betrug die Zahl 1563 und stand an der Spitze. Im Verlauf des Belagerungszustandes hat sich auch im Bekleidungsgewerbe vieles geändert. Die arbeitsgemeinschaftlichen Organisationen haben mit Hilfe der Arbeitgeber viele Verschlechterungen für die Arbeitnehmer zugestanden. **Der Achtstundentag ist so gut wie erledigt.** Die Löhne spotten jeder Beschreibung. Sie betragen in der Damenmaßschneiderei 11 bis 31,5 Pfg. für weibliche Arbeitnehmer, 47,¼ Pfg. für männliche Arbeitnehmer. Schneider in der Herrenmaßbranche erhalten 38 bis 45 Pfg. In der Wäschebranche erhalten Zuschneiderinnen 18 bis 22 Pfg., Näherinnen, auch Heimarbeiterinnen, 17 bis 20 Pfg.

In den anderen Branchen ist das Bild ähnlich so. In der Herrenkonfektion gehen die Verhandlungen über einen Reichstarif, welche schon über vier Jahre dauern, weiter. Die Zuschneider, die anscheinend die Sache vorwärts treiben wollen, legten am 25. Februar plötzlich die Arbeit nieder. Sie wollen die alten Verbände nicht mehr für die Zuschneiderfragen zuständig, sondern diese allein durch ihre Organisation geregelt wissen. Der Kampf, der in Breslau fast einmütig geführt wurde, ging zwei Wochen, ohne daß ein Resultat erzielt wird. Am 11. März wurde der Kampf abgebrochen und die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Bei dem Stand der Dinge war das Ende vorauszusehen.

Auch die Zuschneider werden durch den Kampf erkennen müssen, daß nur eine geschlossene Arbeiterschaft sich durchsetzen und behaupten kann. Alles andere ist nur darauf abgezielt, die Front der Arbeitgeber zu stärken. Ziehen sie diese Erkenntnis, dann ist auch dieser Kampf nicht vergeblich gewesen.

In der Damenkonfektion haben die alten Verbände eine tariflose Zeit nicht aufzuhalten vermocht. Der Tarif war vom Meisterverband gekündigt, weil die nach dem Index berechneten Löhne in keiner Weise zureichten. Der alte Verband ist hier Schritt für Schritt zurückgewichen, denn wenn es ihm Ernst gewesen wäre, dann hätte sich auf Grund einer einheitlichen Front eine Basis finden lassen, einen neuen Tarif zustande zu bringen. Seine Entschlossenheit zeigt er heute nur noch seinen eigenen Genossen, nicht aber den Arbeitgebern.

Der Bekleidungsarbeiterverband Breslau hat sich behaupten können. Trotz aller widrigen Umstände hat sich die Zahl der Mitglieder gehalten. Mit besonderer Schärfe haben wir bei den lokalen Abschlüssen auf höhere Bezahlung gedrungen. Ein Flugblatt, das wir für die Wäschebranche mit dem Titel „Goldhungerlöhne in der Wäschebranche" herausgegeben hatten, brachte uns auf Denunziation der Arbeitgeberverbände eine Geldstrafe von 44 Goldmark.

Trotz des Tarifvertrages war es möglich, die Löhne um 30 bis 66 Prozent für die namhaftesten Betriebe heraufzudrücken.

Auch in der Damenmaß- und Damenkonfektion konnten unsere Mitglieder Erfolge buchen. Das innere Organisationsleben war durch die Inflationszeit, die Arbeitslosigkeit und die übrigen Umstände sehr gehemmt. In der Inflationszeit waren ¾ der Mitglieder arbeitslos und die übrigen ¼ auf Kurzarbeit angewiesen. Trotzdem sind wir oben geblieben, auch wenn man geglaubt hat, uns Schwierigkeiten zu machen. Auf Grund des Ausnahmezustandes wurden uns zwei öffentliche Versammlungen verboten. Diese Maßnahmen haben nur dazu beigetragen, unsere Mitglieder noch mehr wie bisher zusammenzuschweißen.

Inzwischen geht die Zerstörungsarbeit im Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband weiter. Nach Breslau ist Berlin gefolgt. Der Hinauswurf von 9 Kollegen, nur alte Funktionäre des alten Verbandes, sowie die Entlassung von sechs Angestellten, die den Statutbruch nicht decken wollten, haben in Berlin dieselbe Lage geschaffen wie in Breslau. Alles Drängen der Mitgliedschaft, den Ausschluß der neun wieder aufzuheben und die Entlassung der sechs Angestellten wieder rückgängig zu machen, hat keinen Erfolg gezeitigt. In einer Mitgliederversammlung am 5. März wurde nach einem Referat von Schuhmacher-Berlin folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am Mittwoch, den 3. in Breslau tagende Bekleidungs-Arbeiter-Versammlung nimmt zur Kenntnis, daß durch das Verhalten der Zentralleitung des Deutschen Bekleidungs-Arbeiter-Verbandes die Breslauer und Berliner Filialen gespalten sind. Die Versammelten sprechen aus, daß sie nach wie vor auf dem Boden der Einheitsorganisation stehen und bereit sind alles zu tun, was die Wiedervereinigung erfordert. Da jedoch die Zentralleitung des Bekleidungsarbeiter-Verbandes alle dahingehenden Schritte sabotiert hat, beschließt die Versammlung, um bei den Reichstarifverhandlungen zugegen sein zu können, sich mit der Organisation des Bekleidungsarbeiter-Verbandes Opposition Berlin nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch zu verschmelzen. Die Vorbereitungen werden in die Hände der Ortsverwaltung zu Berlin und Breslau gelegt. Eine weitere Mitgliederversammlung nimmt endgültig Stellung zu den Verschmelzungsbedingungen. Die Versammelten sprechen weiter aus, daß mit allen Kollegen im Reich die engste Verbindung aufgenommen werden muß. B.

# Lokales.

### Bekenntnis einer frommen Seele.

Der Sozialdemokrat und Reichstagsabgeordnete Fritsche-Liegnitz in einer öffentlichen SPD-Versammlung zu Neustadt O.-S. am Montag, den 22. Januar 1923:

„**Ich als Abgeordneter habe der Deutschen Regierung das Vertrauen ausgesprochen** (er gehörte zu den Abgeordneten der SPD-Reichstagsfraktion, die dem Vertrauensvotum **für die Regierung Cuno** in der Frage des Ruhrkonfliktes zustimmten) **und stehe fest hinter dieser Regierung!**"

Diesen Demagogen die Larve vom Gesicht, wenn sie über die Sünden der Cunos jammern! Sie sind mitschuldig an den Sünden dieser Regierung.

### Klassenjustiz.

Als im Herbst des letzten Jahres die Erwerbslosen des Kreises Reichenbach gegen ihre Verelendung demonstrierten, kam es daselbst zu schweren Zusammenstößen. Ein Arbeiter, der nach der Anklage einen Polizisten mit einem Stock geschlagen haben soll, wurde wegen dieses Deliktes zu **2 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrenverlust** verurteilt. Andere Arbeiter erhielten gleichfalls ungeheuerliche Strafen.

Im Oktober des letzten Jahres erschien eines Tages in Langenbielau der **Oberstaatsanwalt Schäfer** aus Schweidnitz, um Haussuchungen und Verhaftungen bei Kommunisten vorzunehmen. Die gesamte Gendarmerie war aus dem Kreise Reichenbach aufgeboten. Es kam zu Ansammlungen und die Polizei griff ein. In den letzten Tagen des Februar hatten sich dieserhalb eine ganze Reihe von Arbeitern vor der Schweidnitzer Strafkammer zu verantworten. Es wurden Strafen gefällt, wogegen das wilhelminische Deutschland verblaßt. Der Arbeiter Scholz erhielt 1½ Jahre Gefängnis. Angesichts der daraus entstehenden familiären Folgen vergiftete er sich mit Blausäure, so daß er in hoffnungslosem Zustande ins Kreiskrankenhaus zu Reichenbach gebracht werden mußte. Eine andere Frau, die zufällig auf der Treppe des Rathauses stand, wurde zu **6 Monaten Gefängnis** verurteilt. Nur wenige von den vielen Angeklagten wurden freigesprochen.

Interessant war, daß der Oberstaatsanwalt Schäfer in diesem Prozeß gleichzeitig als **Staatsanwalt und Zeuge** fungieren wollte und das Gericht erst auf das entschiedene Eingreifen des Rechtsanwaltes Simon eine Aenderung vollzog.

Gegen diese Urteile gibt es infolge der Verordnungen über den Abbau der Gerichte, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes keine Berufung, sondern nur eine Revision. Praktisch sind diese verurteilten Proleten rechtlos gemacht. Rechtlos gemacht mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer, die diesem Schandgesetz ihre Zustimmung gaben.

Wollen die Arbeiter hieraus die Lehre ziehen, so müssen sie ihnen die Gefolgschaft versagen. Gerechtigkeit wird jedoch erst im proletarischen Staate möglich sein. Das Parlament wird keine Gesetze für die Arbeiter beschließen.

Demonstriert am 18. März am Jahrestage der Wiederkehr der Pariser Kommune durch Massenbesuch der kommunistischen Versammlungen gegen die Klassenjustiz. Denkt an diesem Tage an die Opfer des Klassenkampfes und sammelt für **die rote Hilfe.**

**Breslau.** Die Funktionäre der Eisenbahnoberbauarbeiter kommen am Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr, im „Schießwerder" zu einer wichtigen Sitzung zusammen. Keiner darf fehlen.

**Märzfeier der Kommunistischen Jugend.** Am Dienstag, den 18. März 1924, abends 7½ Uhr, veranstaltet die Kommunistische Jugend (Ortsgruppe Breslau) im blauen Saale des „Schießwerders" eine **März- und Schottländer-Gedenkfeier.** Der Abend bietet Rezitationen, Vorträge usw. Gäste und Sympathisierende herzlich willkommen. **Kommunistische Jugend** (Ortsgruppe Breslau).

**Langenbrück bei Neustadt O.-S.** Ein sozialistischer Gemeindevorsteher (Schulze) ist Gastwirt Rehmet-Langenbrück. Derselbe ist dem Landbunde beigetreten, in dem die Großagrarier maßgebend sind. Zeugt gewiß von sozialdemokratischer Gesinnungstüchtigkeit.

## Der 18. März — ein Internationaler Roter Hilfstag.

Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe hat beschlossen, den 18. März zu einer erhöhten Propaganda für die politischen Gefangenen zu benutzen. Wir wenden uns an alle angeschlossenen Organisationen, an alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Welt, diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen und aufs aktivste an diesem proletarischen Hilfswerk mitzuhelfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! In allen bourgeoisen Ländern sind heute die Gefängnisse und Kerker mit politischen Gefangenen angefüllt. Viele von ihnen sitzen schon seit Jahren hinter Kerkermauern und sind den grausamsten Torturen ausgesetzt. Ihre Familien leiden ungeheure Not. Sie alle haben Rote Hilfe dringend nötig. Nehmt Euch daher am 18. März vor, in allen Ländern der Welt Sektionen der Roten Hilfe zu bilden und für den Anschluß an die schon bestehenden Organisationen zu werben. Entfaltet höchste Aktivität. Sammelt Geld, damit die Rote Hilfe den Angehörigen der Gefangenen eine laufende und ausreichende Unterstützung zukommen lassen kann. Macht es Euch zur Gewohnheit, am Lohntag einen bestimmten Betrag für den Bruder im Gefängnis beiseite zu legen. Richtet zu diesem Zweck in Fabriken und Betrieben, in Gewerkschaftsbüros und in den Läden der Arbeitergenossenschaften Rote Hilfs-Sammelkästen ein. Kein Fest, keine Veranstaltung von Arbeitersport- oder Gesangvereinen darf vorübergehen, ohne daß nicht an diesem Tage für die Gefangenen, für die Rote Hilfe, gesammelt worden wäre. Benutzt den 18. März, um in allen Landes- und Gemeindeparlamenten gegen den weißen Terror zu protestieren und in den Genossenschaftsversammlungen Anträge auf kollektiven Beitritt mit festem Beitrag zur Organisation der Roten Hilfe zu stellen. Fordert ebenda besondere Zuschüsse oder Lebensmittel, Feuerungsmaterial und Kleidungsstücke für unsere Gefangenen und ihre Familien.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Benutzt den 18. März, um wenigstens einen kleinen Teil des Dankes, den wir unseren Gefangenen und ihren Familien schuldig sind, abzutragen. Die Arbeit für die Rote Hilfe ist ein Teil der großen revolutionären Aufgabe des Proletariats. Wer an der Roten Hilfe mitarbeitet, hilft kampfunfähig gewordene Truppen der revolutionären Klassenarmee wieder kampffähig machen. Je intensiver das Proletariat an der Roten Hilfe mitarbeitet, desto schneller wird das Weltproletariat wieder zu neuen Kämpfen marschieren können. Alle Arbeiter und Bauern, Frauen und die Jugend, das große Heer der mit uns Sympathisierenden müssen das Werk der Roten Hilfe vollenden helfen.

**Bringt den politischen Gefangenen Rote Hilfe! Fordert ihre Freilassung! Protestiert am 18. März gegen weißen Terror und Weltreaktion!**

**Das Exekutivkomitee der R. H.**

## Der „Kommunistische Gewerkschafter".

Vor einigen Tagen ist die Nummer 1/2 des „Kommunistischen Gewerkschafter" erschienen. Es ist die erste Nummer unseres Kampforgans für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften, die seit dem Verbot der Kommunistischen Partei erschien. Die Nummer, aus technischen Gründen mit einer Verspätung herausgekommen, ist zum Teil noch auf die illegale Arbeit der Partei zugeschnitten. Die Artikel haben aber in der gegenwärtigen Lage von ihrer Aktualität nichts verloren. Die Nummer (16 Seiten Text) enthält folgende Beiträge und Dokumente: Die Resolution der Plenarsitzung des Exekutivkomitees der KI. zur Arbeit der Partei in den Gewerkschaften, die jeder Gewerkschafter in diesem Monat stets in den Händen haben muß; einen Artikel „Unsere Taktik in der Vergangenheit und in der Zukunft" der einen nützlichen Rückblick und Ausblick über unsere Gewerkschaftstaktik gibt drei Diskussionsartikel „Für die Einheit der Gewerkschaften", „Ist die Eroberung der Gewerkschaften möglich?", „Ist die Beitragssperre ein geeignetes Kampfmittel", die wichtige Fragen der Gewerkschaftstaktik erörtern. Der folgende Artikel beleuchtet die Frage der Wechselbeziehungen zwischen den Betriebsräten und der Gewerkschaften. In einem Artikel „Wie kämpft man um die Erhaltung des Achtstundentages?" wird an Hand der Richtlinien der Solinger Konferenz gezeigt, wie vorbildlich um die Erhaltung des Achtstundentages unter der Führung der Kommunisten in Rheinland-Westfalen gekämpft worden ist und überall gekämpft werden kann. Die „Rubrik „Aus der internationalen Arbeiterbewegung" und eine Notiz „Ueber unsere Gewerkschaftsliteratur" ergänzen den Inhalt der Nummer. Unter dem Strich werden „Unsere lebenden Toten" — Rosa Luxemburg und Lenin gewürdigt. Rosa Luxemburgs Verdienste für die Gewerkschaftsfrage in einem Artikel, während Lenins Stellung zu der Gewerkschaftsbewegung an Hand einer Rede aus dem Jahre 1919 anschauend gezeigt wird. Eine ganze Reihe von Zitaten aus Lenins und Rosa Luxemburgs Schriften werden für unsere tätigen Gewerkschafter von Nutzen sein.

Wie man aus dieser Inhaltsangabe ersieht, trägt der „Kommunistische Gewerkschafter" gegenwärtig viel mehr als früher den Charakter eines theoretischen und taktischen Organs der Gewerkschaftsbewegung. Es wird allen in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Parteigenossen empfohlen, für die Verbreitung des „Kommunistischen Gewerkschafters" mit allen zu wirken.

# Arbeiter!

## Du hungerst, aber Du bist frei! Der politische Gefangene hungert und ist festgehalten! Denke an ihn! Sammle für ihn!

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Gläser, Breslau. Inserate: Max Zschocher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien eGmbH., Breslau, Trebnitzer Str. 50.

## Versammlungs-Kalender.

**Breslau.** Montag, den 17. März, abends 7.30 Uhr, allgemeine Funktionärversammlung bei Exner (Gratislokal), Mauritiusplatz. Sämtliche Parteifunktionäre müssen an dieser wichtigen Tagung teilnehmen.

— Dienstag, den 18. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in den „Gewerbesälen" (Liebe) Lange Gasse. Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

— Mittwoch, den 19. März, Zusammenkunft der Ortsleitung mit den Distrikt- und Bezirksführern in der „Volksschänke" Wallstraße am Königsplatz.

— Achtung! Erwerbslosenfraktion: Alle erwerbslosen Partei- und Jugendgenossen müssen am Montag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr zu einer Besprechung im Schießwerder (Gesangszimmer) unbedingt erscheinen. Die Fraktionsleitung.

Fahrräder- und Nähmaschinen-Reparaturen, Umbauten, Rahmenlöt., Rahmenbauten, Emaillierung, Vernickelung. Georg Pilz Breslau Wildenbruchstr. 19

Ueberkiefe jeden Preis für Kneifer- 7,63 Plateien Prismen-Gläser Photo-Apparate. G. Nolda Altbüßerstraße 28 2 Minuten vom Ring

Breslauer Kunst-Plissee-Brennerei. Anfertigung jeder Art Plissee in bester Ausführung. Ständ. Plissee-Neuheiten. Gritzner Nähmaschinen für Haus u. Gewerbe aus der größten Fabrik d. Kontinents in bekannter Güte Reparaturwerkstatt und Ersatzteile J. Sollich, Breslau I, Altbüßerstr. 26. 662

Achtung Raucher! Gratis bei Einkauf von 2 Mk. an 50 Gr. Tabak u. v. 1,50 Mk. an Straßenbahnfahrt in Ware erhalten Sie im neueröffneten Tabak Zigarren- u. Zigarettenhaus Richard Fliege Gelbe Front. Kupferschmiedestr. 32 gegenüber Drog. Osc. Mohr. Tel. Ohle 1499. 651

Einkauf von sämtlichen Hauslumpen Händler erhalten extra Preise M. Heimann Selenkestraße 18

Futterreste Ärmelfutter, Köper Wattierleinen kauft und bezahlt höchste Preise nur bei Herbert Scholz Breslau, Weißgerberg. 42

Beachtet bei allen Einkäufen immer nur unsere Inserenten!

Walter Krebs Schuhmacher-Bedarfsartikel-Großhandlung Breslau V, Tel. 50393

Werbe für Dein Partei-Organ!

Wohnungstausch. Tausche sonniges 2fenstriges Zimmer mit Kochgelegenheit und Gas gegen etwas größeres Deliga Gartenstr. 89

Zeitungs-Austräger für Scheitnig und Obertor gesucht. Expedition „Schles. Arbeiter-Zeitung"